

## AKTUELL

## REFORM DER GEMEINDEFINANZEN

# Keiner soll verlieren

Richard Graf

**Nach mehrfachen CSV-Fehlversuchen soll die Finanzierung der Gemeinden zum 1. Januar 2017 reformiert werden.**

Die Debatte über die Unausgewogenheit der Gemeinde-Finanzierung hält seit Jahrzehnten an. 2015 erhielt das Schlusslicht Beaufort nur 1.839 Euro pro EinwohnerIn aus den nationalen Dotierungsfonds, während es für Weiswampach 3.272 Euro waren. Nur Luxemburg-Stadt lag mit 3.550 Euro noch höher.

Besonders im (hohen) Norden des Landes profitieren einige Gemeinden, weil der bestehende Verteilungsmechanismus ausgedehnte Landgemeinden mit relativ wenig Bevölkerung favorisiert. Die Idee dabei ist auf den ersten Blick nicht unbedingt falsch: Klassische kommunale Aufgaben, wie Müllabfuhr, Wasserversorgung oder Schultransport, sind pro Kopf umso teurer, je größer die zu überbrückenden Entfernungen sind. Allerdings hatte sich der starre Verteilungsmodus zunehmend zum Nachteil einiger Kommunen ausgewirkt, die ein hohes Bevölkerungswachstum haben, aber keinen parallelen Zuwachs der wirtschaftlichen Aktivitäten und der Gewerbesteuer aufweisen.

Die unter CSV-Federführung lancierten Reformen, die so kostenneutral wie möglich für den Staatssäckel ausfallen sollten, scheiterten allesamt an dem Problem, dass sie nicht ohne Verluste für die erwähnten großflächigen Landkommunen zu realisieren waren. Auch die aktuelle blau-rot-grüne Regierung trat zunächst mit dem Anspruch an, eine Reform hinzubekommen, die nichts kostet oder sogar, Zukunftspak oblige, hilft, Geld einzusparen.

Kein Wunder also, dass Innenminister Dan Kersch (LSAP) bei der noch recht oberflächlichen Präsentation der Reform der Gemeindefinanzierung am Dienstag als erstes betonte, dass in Zukunft keine Gemeinde weniger bekommen soll als im Budgetjahr 2015.

Der Staat übernimmt ab 2017 das restliche Drittel der Lohnkosten des Lehrpersonals (Kosten pro Jahr: 150 Mio.), während die Kommunen fortan für die Finanzierung der Pensionskosten ihrer BeamtInnen zuständig sind, die bislang vom Staat getragen wurde (40 Mio.). Das Saldo von 90 Mio. bleibt den Kommunen aber erhalten und soll die Mehrkosten der Reform

abdecken.

Bis 2021 werden über einen Kompensationsmechanismus alle Gemeinden, denen nach dem geplanten neuen Verteilungsmodus weniger zusteht, einen Ausgleich bekommen, der ihre Einkünfte bis 2021 auf dem Niveau von 2015 belässt. Das bedeutet ein Nullwachstum für 31 Kommunen, allerdings auf zumeist hohem Niveau.

## Ausgleich bis 2021

Um das zu erlauben, müssen 18 Millionen Euro im ersten Budgetjahr bezuschusst werden. Allerdings soll dieser Betrag kontinuierlich schrumpfen, auf am Ende 100.000 Euro im Jahre 2021, weil mit steigenden Steuereinnahmen zu rechnen ist und auch die Mittel zur Finanzierung der Gemeinden wachsen werden.

71 Gemeinden können sich als GewinnerInnen betrachten, da sie pro Kopf mehr aus den Dotierungsfonds erhalten als vor der Reform. Bei ihnen handelt es sich vor allem um dichtbesiedelte Kommunen und solche, denen laut Landesplanung eine zentrale oder regionale Rolle zukommt. Auch Gemeinden, die verstärkt sozialen Wohnungsbau betreiben, bekommen mehr. Insgesamt wird die Bandbreite drastisch abnehmen: Nimmt man die Stadt Luxemburg, die eine gewisse Sonderstellung hat, aus, wird sie statt wie bisher 77,9 nur mehr 34,7 Prozent betragen.

Die absolute Rekordhalterin kann trotzdem aufatmen: die Zuwendungen für sie werden um knapp 2% steigen, was freilich ihren Sonderstatus - und damit die neidvollen Blicke der anderen - verstärken wird. Detaillierte Zahlen pro Gemeinde wollte der Innenminister erst nach der Präsentation in der Chamber-Kommission publik machen.

Ob diese Reform die Finanzsituation der Kommunen langfristig verbessern wird, hängt allerdings nicht allein von der Verteilung der Mittel ab. Neue Aufgaben brauchen auch neue Ressourcen, und die vorgegebene Methode, die Einnahmesituation der Kommunen vor allem durch Taxenerhöhungen zu verbessern, ist fragwürdig und stößt auch ganz allgemein an ihre Grenzen.

## SHORT NEWS

## Luxleaks : déjà des doutes

(lc) - Ce n'est pas uniquement une tempête d'indignation internationale qui s'est abattue sur le Luxembourg la semaine dernière - même si notre presse nationale ne s'en est guère faite l'écho -, mais de sérieux doutes ont aussi été émis face au bon sens du jugement. Ainsi, la députée européenne Julia Reda (Pirates) et ses camarades Jean-Marie Cavada, Sergio Cofferati, Laura Ferrara et Constance Le Grip se plaignent dans un blog que le jugement contredirait les intentions du législateur luxembourgeois et qu'il citerait mal la directive européenne sur le secret des affaires, sur laquelle les juges se basent. De plus, un blogueur du site très « anticapitaliste » Mediapart, Michel Crinetz, fait les mêmes reproches aux juges du tribunal d'arrondissement de Luxembourg. Comme si cela ne suffisait pas, la commission d'enquête spéciale « taxe » numéro deux vient de faire voter son rapport final - adopté - au Parlement européen. Dans celui-ci, les parlementaires se plaignent toujours du manque de transparence et de collaboration des principaux intéressés. Reste la question classique : de qui se moque-t-on au juste ?

## CETA: Und sie bestimmen doch!

(lm) - Die nationalen Parlamente werden nun doch über das CETA-Abkommen mit Kanada abstimmen. Die EU-Kommission hat sich zu diesem Verfahren durchgerungen, nach dem sie noch vor einer Woche das Abkommen als reine EU-Sache eingestuft hatte (woxx 1378). Diese Ankündigung hatte einen europaweiten Sturm der Entrüstung ausgelöst - sogar der eigentlich Freihandels-freundliche Premier Xavier Bettel hatte gegen die Absicht protestiert, die nationalen Parlamente zu übergehen. Nun triumphiert seine Partei, die DP, in einer „Juncker gibt endlich nach!“ überschriebenen Pressemitteilung. Auch die Grünen begrüßen die Kehrwende der Kommission, bedauern aber die „provisorische Anwendung der reinen EU-Teile“ von CETA. Das Kommuniké von „Stop TTIP“ gibt sich kritischer: Das Abkommen vorzeitig in Kraft treten zu lassen, sei „zutiefst undemokratisch“. Und Déi Lénk geht davon aus, dass das gesamte Abkommen gleich nach der Abstimmung des Europaparlaments in Kraft tritt. Eigentlich sei Bettels Kritik an der Kommission nur ein „Scheingefecht“ gewesen. Jedenfalls scheint es alle Akteure vom Inhalt der Chamber-Motion vom 7. Juni abzulenken (woxx 1375). Zwar ist mit der Kehrtwende der Kommission der Anspruch erfüllt, die nationalen Parlamente mitbestimmen zu lassen. Doch zur Erfüllung der Forderung nach einem strengeren Rahmen für die Schiedsgerichte trägt sie nichts bei. Logischerweise müsste Luxemburg beim entscheidenden Votum über CETA sein Veto einlegen.

## Vigilnat : protégez-vous !

(lc) - Ce que le plan « Vigipirate » est aux Français, le plan « Vigilnat » l'est aux habitants du Luxembourg : surtout des mesures qui servent à accroître le célèbre « sentiment de sécurité » du public, sans que pourtant leur efficacité réelle ne soit vraiment prouvée. Ainsi, depuis les derniers attentats, on peut voir foisonner dans les gares de Luxembourg-ville et ailleurs des douaniers lourdement armés de fusils automatiques et portant des gilets pare-balles. Eh bien, il semble qu'ils en aient vraiment besoin de ces gilets, puisque - comme le premier ministre Xavier Bettel l'a confirmé sur demande du député CSV Aly Kaes - par trois fois ces derniers mois des coups sont partis des armes de service de ces douaniers censés intervenir en cas d'attaque terroriste. Une fois même, une balle a percuté un des véhicules des douanes. Pas étonnant donc que les ministres Schneider et Gramegna aient préféré rester évasifs face à une question parlementaire du même député datant du mois de mai, qui portait entre autres sur la formation de ces agents armés jusqu'aux dents. À l'époque, les ministres avaient simplement fait savoir que, de toute façon, les agents des douanes profitaient d'une formation continue à vie. Nous voilà vachement rassurés.